

## **Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin<sup>1</sup>**

### **4. Dezember 1984**

Am 3. und 4. Dezember 1984 fand in Berlin eine turnusgemäße Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

[. . .]

#### **1.**

Die Minister richteten ihr Hauptaugenmerk auf die Lage in Europa im Zusammenhang mit der internationalen Situation insgesamt. Es wurde hervorgehoben, daß die Ereignisse der letzten Zeit voll und ganz die kollektiven Einschätzungen und Schlußfolgerungen zur Entwicklung der europäischen Angelegenheiten und der Lage in der Welt bestätigen, wie sie in der Prager Politischen Deklaration vom 5. Januar 1983, der Moskauer Gemeinsamen Erklärung vom 28. Juni 1983 sowie in der Deklaration der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 14. Juni 1984 enthalten sind.

Die Teilnehmer der Tagung äußerten ihre Besorgnis darüber, daß die gefährlichen Spannungen in Europa und in der Welt andauern.

Durch die fortgesetzte Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in einigen westeuropäischen NATO-Ländern hat sich die Lage in Europa weiter verschärft. Damit wurde eine neue besonders gefährliche Phase des Wettrüstens auf dem Kontinent eingeleitet. Das zwang die Sowjetunion und einige andere sozialistische Länder zu einer Reihe von Gegenmaßnahmen.

Die Teilnehmer der Tagung hoben die Gefahren hervor, die sich für den Frieden und die Sicherheit aus den Konzeptionen ergeben, die die bestehenden Grenzen zwischen den europäischen Staaten, ihre sozialpolitische Ordnung sowie andere nach dem zweiten Weltkrieg entstandene politisch-territoriale Realitäten in Frage stellen. Die Nachkriegsgrenzen in Europa sind unverletzlich. Die Aktivierung revanchistischer Kräfte in der BRD und die Ermunterung des Revanchismus, wo auch immer, wirken sich negativ auf das politische Klima in Europa und auf die Verständigung zwischen den europäischen Völkern aus. Ernste Beunruhigung ruft die Entscheidung des Rates der „Westeuropäischen Union“ hervor, das für die BRD erlassene Verbot der Produktion von Raketen großer Reichweite und Bombenflugzeugen für strategische Ziele aufzuheben.

---

<sup>1</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 324-29.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten äußerten ihre Besorgnis über die Verstärkung der Politik der Gewalt und des Diktats durch die imperialistischen Kreise, die beispiellose Eskalation des Wettrüstens, in erster Linie auf nuklearem Gebiet, die wachsende Gefahr einer nuklearen Katastrophe, die Produktion und Anhäufung neuer Arten immer verheerenderer Kernwaffen ebenso wie über das Festhalten an gefährlichen Militärdoktrinen, die die Entfesselung eines Kernwaffenkrieges zulassen, über die Schaffung neuer Systeme von konventionellen Rüstungen, die in ihrer Zerstörungskraft den Massenvernichtungswaffen nahekommen, sowie die einschneidende Erhöhung der Rüstungsausgaben. Die USA und einige ihrer Verbündeten verhehlen selbst nicht, daß sie mit ihren Handlungen danach trachten, die militärische Überlegenheit zu erlangen.

Die Völker Europas und der anderen Kontinente, die den Weg aktiven Handelns gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges, für die Einstellung des Wettrüstens und die Gesundung des internationalen Klimas beschreiten, sind zunehmend besorgt über die Zuspitzung der Lage. Ein überzeugender Beweis dafür ist die breite Friedensbewegung in Europa und in anderen Regionen der Welt.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten setzen sich dafür ein, daß in den zwischenstaatlichen Beziehungen die Prinzipien der Achtung der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt und der friedlichen Lösung aller strittigen Fragen zwischen den Staaten auf dem Verhandlungswege und die anderen grundlegenden Prinzipien der internationalen Beziehungen strikt eingehalten werden.

## 2.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages betrachten die Einstellung des Wettrüstens und den Übergang zur Abrüstung, in erster Linie auf nuklearem Gebiet, als Grundfrage unserer Zeit. Solange es nicht zu spät ist, muß alles getan werden, um die militärische Konfrontation zu vermindern und die internationalen Beziehungen in die Bahnen der Entspannung und der gleichberechtigten, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der Staaten zurückzuführen.

Die Möglichkeit für eine Wende zum Besseren besteht. Dazu bedarf es des Übergangs zu einer Politik des Realismus und des sachlichen Zusammenwirkens bei der Lösung der vor den Völkern Europas und der Welt stehenden Aufgaben. Notwendig ist ein ernsthafter und gleichberechtigter Dialog zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, notwendig sind Verhandlungen, bei denen sich die Seiten ihrer hohen Verantwortung bewußt sind und nach positiven Ergebnissen streben. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu solchen Verhandlungen bereit und bestehen darauf, sie zu führen und Vereinbarungen zu erzielen, die auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beruhen. Ihre Vorschläge zur Einstellung des Wettrüstens und zur Verhinderung eines Krieges bleiben in Kraft.

Zugleich betonen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, daß sie nicht nach militärischer Überlegenheit streben, aber auch über sich eine solche nicht zulassen werden; sie treten für ein Kräftegleichgewicht auf niedrigstem Niveau ein.

### 3.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten begrüßen die Übereinkunft zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, Verhandlungen zu dem gesamten Komplex von Fragen, die die Nuklear- und Weltraumwaffen betreffen, aufzunehmen. Sie messen ihr große Bedeutung bei. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages treten dafür ein, daß von Anbeginn in aller Klarheit die Ziele und Aufgaben dieser Verhandlungen bestimmt werden, die berufen sind, die strategische Stabilität zu festigen, eine Militarisierung des Weltraums nicht zuzulassen, das Niveau der nuklearen Konfrontation in Europa und in der Welt durch die Reduzierung der Kernwaffen — sowohl der strategischen als auch der mittlerer Reichweite — zu verringern bis hin zur völligen Beseitigung der Kernwaffen.

### 4.

Die Lebensinteressen aller europäischen Völker erfordern unter den gegenwärtigen Bedingungen, darauf hinzuwirken, die Anhäufung neuer Kernwaffen auf dem europäischen Kontinent einzustellen und diese radikal zu reduzieren bis hin zur vollständigen Befreiung Europas von Kernwaffen — sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischer. Es dürfen keine Schritte unternommen werden, die auf die militärische Überlegenheit der einen Gruppierung über die andere gerichtet sind.

Da das nukleare Wettrüsten in Europa alle Völker des Kontinents bedroht, halten es die auf der Tagung vertretenen Staaten für wichtig, daß alle europäischen Staaten, vor allem die der NATO und dem Warschauer Vertrag angehörenden, aktiv jene Anstrengungen fördern, die auf die Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges gerichtet sind.

In diesem Zusammenhang verweisen sie darauf, daß die Staaten, auf deren Territorium die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen erfolgt oder vorgesehen ist, eine große Verantwortung für die Geschehnisse des Friedens in Europa und in der Welt tragen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstützen nachdrücklich die Anstrengungen zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen auf dem Balkan, in Nordeuropa und in anderen Regionen des Kontinents.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten treten ebenfalls dafür ein, in den Wiener Verhandlungen schnellstmöglich ein Abkommen über die beiderseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa abzuschließen. Eine gute Grundlage für eine Vereinbarung bieten die Vorschläge der sozialistischen Länder, die direkte Teilnehmer an diesen Verhandlungen sind.

Sie erinnern an ihre Vorschläge zur Befreiung Europas von chemischen Waffen, zur Nichterhöhung und Kürzung der Rüstungsausgaben und zum Abschluß eines Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen, die sie an die Mitgliedsstaaten der NATO gerichtet haben, und rufen dazu auf, unverzüglich substantielle Verhandlungen zu diesen Fragen aufzunehmen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten stellen fest, daß der Verlauf der Arbeit auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa den schnellstmöglichen Übergang zu konkreten Verhandlungen auf die Tagesordnung setzt. Sie treten dafür ein, daß sie in konstruktivem Geist geführt und substantielle Vereinbarungen zu einander ergänzenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa sowohl politischen und völkerrechtlichen als auch militärisch-technischen Charakters erreicht werden. Diese Vereinbarungen müssen auf der Grundlage der Gleichheit der Rechte, der Ausgewogenheit und Gegenseitigkeit, der gleichen Achtung der Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten beruhen und die Kriegsgefahr sowie die militärische Konfrontation vermindern helfen.

Auf der Tagung wurde erneut bekräftigt, daß sich die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages der Fortsetzung und Vertiefung des gesamteuropäischen Prozesses der Entspannung, der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa auf der in der Schlußakte von Helsinki fixierten Grundlage nach wie vor verpflichtet fühlen.

## 5.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages halten es für dringend geboten, konkrete und effektive Maßnahmen zu ergreifen, die auf die Überwindung der nuklearen Konfrontation, die Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen bis hin zu ihrer vollständigen Vernichtung gerichtet sind.

Als wichtigen Schritt schlagen sie in diesem Zusammenhang vor, die nuklearen Rüstungen quantitativ und qualitativ einzufrieren. Von den NATO-Ländern erwarten sie eine Antwort auf diesen Vorschlag. Sie heben die Bereitschaft der Sowjetunion hervor, gemeinsam mit den USA einen solchen Schritt als Beispiel für die anderen Kernwaffenmächte zu tun.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich des weiteren dafür aus, schnellstmöglich einen Vertrag über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen abzuschließen und zu diesem Zweck entsprechende Verhandlungen zu führen.

Sie unterbreiten diese Vorschläge, weil sie davon überzeugt sind, daß es nicht nur gefährlich, sondern auch widersinnig ist, nukleare Rüstungen weiter anzuhäufen und zu

vervollkommen.

Die Teilnehmer der Tagung appellieren eindringlich an jene Kernwaffenmächte, die das noch nicht getan haben, die Verpflichtung zu übernehmen, diese Waffen nicht als erste anzuwenden. Sie halten es für erforderlich, daß alle Kernwaffenstaaten das Ihre tun, damit ein Kernwaffenkrieg verhindert und zum Hauptziel ihrer Außenpolitik und ihres praktischen Handelns die Befreiung der Völker von der nuklearen Bedrohung wird.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten lenken die Aufmerksamkeit darauf, daß eine Militarisierung des Weltraums, wenn sie nicht rechtzeitig verhindert wird, das Risiko eines Kernwaffenkrieges bedeutend erhöhen und ein nie dagewesenes Ausmaß des nuklearen Wettrüstens nach sich ziehen würde. Sie treten entschieden dafür ein, eine Militarisierung des Weltraums zu verhindern, jegliche Handlungen zur Ausdehnung des Wettrüstens auf den kosmischen Raum einzustellen, ihn ausschließlich, zu friedlichen Zwecken, zum Wohle der gesamten Menschheit zu nutzen. Diese Aufgabe ist schnellstmöglich durch zuverlässig kontrollierbare Abkommen auf zwei- und mehrseitiger Grundlage radikal zu lösen. Es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß alle Staaten — vor allem diejenigen, die über ein kosmisches Potential verfügen — die Notwendigkeit erkennen, Maßnahmen zur Verhinderung der Militarisierung des Weltraums zu ergreifen. Die Rolle der UNO bei der Lösung dieses Problems wurde hervorgehoben.

Die Minister sprachen sich für praktische Verhandlungen zu allen auf der Genfer Abrüstungskonferenz zur Debatte stehenden Fragen aus, um im Rahmen dieses Forums zu konkreten Vereinbarungen zu gelangen. Sie sind der Ansicht, daß es bei konstruktivem Herangehen seitens aller Konferenzteilnehmer möglich wäre, die Ausarbeitung einer Konvention über das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen schon in absehbarer Zeit abzuschließen.

## 6.

Die an der Tagung teilnehmenden Staaten, die konsequent dafür eintreten, die Rolle der UNO bei der Erhaltung des Friedens und der Festigung der internationalen Sicherheit zu erhöhen, rückten auf der zur Zeit stattfindenden 39. Tagung der UN-Vollversammlung die Kernfragen der gegenwärtigen internationalen Beziehungen in den Mittelpunkt. Sie erinnern an ihre in der Weltorganisation unterbreiteten Vorschläge, die auf die Begrenzung des Wettrüstens und die Abrüstung, vor allem auf nuklearem Gebiet, auf die Beseitigung der Krisen- und Konfliktherde in verschiedenen Regionen der Welt auf dem Verhandlungswege, auf die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, gegen die Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, jegliche Handlungen zur Untergrabung der Gesellschaftsordnung in anderen Staaten gerichtet sind. Sie unterstrichen, daß die Anwendung diskriminierender Restriktionen in den ökonomischen Beziehungen und jeglicher anderer Formen des Drucks den Grundprinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen widerspricht.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten verurteilen die imperialistische Gewaltpolitik und bekunden ihre Solidarität und Unterstützung für die um ihre Freiheit, die Stärkung der Unabhängigkeit und sozialökonomischen Fortschritt kämpfenden Völker.

Sie unterstreichen die bedeutende Rolle der Bewegung der Nichtpaktgebundenen im Kampf für die Beseitigung der Kriegsgefahr, die Beendigung des Wettrüstens und die Abrüstung, die Gesundung der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen, gegen jegliche Formen der Herrschaft und Ausbeutung.

## 7.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten führten einen Meinungsaustausch im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus. Sie brachten die Überzeugung zum Ausdruck, daß es die Pflicht der Völker und Regierungen ist, dieses bedeutsame Jubiläum mit erhöhten Anstrengungen zur Erhaltung und Festigung des Weltfriedens zu würdigen.

## 8.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten unterstrichen die Bedeutung des Warschauer Vertrages als wirksames Instrument zur Gewährleistung der Sicherheit seiner Teilnehmerstaaten, zur gemeinsamen Erarbeitung und Verwirklichung ihres friedliebenden außenpolitischen Kurses, als wichtiger Faktor zur Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa, insbesondere in der gegenwärtigen komplizierten internationalen Lage.

\* \* \*

Die Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages verlief in einer Atmosphäre der Zusammenarbeit und des völligen gegenseitigen Einvernehmens. Die nächste turnusgemäße Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages findet im Juni 1985 in Warschau statt.

*[Source: Official publication of the German Democratic Republic]*